

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 285

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: Die Halle und Dessau monatlich RM. 1,25, einmündeljährlich RM. 12,00 von Bonn durch die Post monatlich RM. 1,25, einmündeljährlich RM. 12,00 außer Postsch.

Geschäftsstelle: Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7501, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachpost: Leipzig 3012.

Sonntag-Ausgabe

Sonntag, 15. Juni

Anzeigenpreis: Stilles Jahressperrchen 1 Seite 20 Pfg., ansonsten 1 Seite 40 Pfg., — Anzeigenpreis 1,25 RM., abends vom Sonn. Erklärungen halbes Jahr.

Geschäftsstelle: Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf zum Kurieren Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Ullrich, Halle-Saal

Die Antwort der Alliierten?

22 Versailles, 14. Juni.

Sicherem Vermögen nach soll die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenverschlüsse im wesentlichen folgenden Inhalt, wie man andröhrt, haben:

Rangfolgen in territorialen Fragen werden grundsätzlich abgelehnt. Insbesondere die Bestimmungen über das Saargebiet und die Dausiger Graue werden aufrecht erhalten.

Die Wertschätzung in Oberschlesien wird zugestanden, soll aber erst in zwei Jahren und unter Entente-Kontrolle stattfinden. Der Bezug einer bestimmten Menge von ober-schlesischen Kohlen wird Deutschland gestiftet.

In der Entschädigungsfrage vertritt Deutschland beinahe den Standpunkt, daß es gemäß den 14 Punkten Wilsons nur für die Kriegsschäden in Belgien und Nordfrankreich aufzukommen hat. Außerdem war in den deutschen Gegenverschlüssen die sofortige Restitutionsfrage der Entschädigungsumme verlangt. Die Antwort der Entente teilt die Entschädigungsfrage in zwei Teile. Der erste umfaßt die von Frankreich infolge des Krieges an geschätzten Verlusten und Äußerungen, deren Bestimmung im Wertschätzung zu den 14 Punkten Wilsons stehen. Der Betrag beläuft sich auf 3 bis 4 Milliarden Francs jährlich und wird in der Antwort der Entente neu bestimmt. Der zweite Teil, die für die Kriegsschäden in Belgien und Nordfrankreich zu zahlende Summe, ist nicht bestimmt und soll von einer alliierten Kommission in Interkontinentalen Verhandlungen mit den Vertretern Deutschlands innerhalb vier Monaten festgestellt werden. Die Wiedergutmachungskommission der Alliierten, welche nach dem Vertrag vom 7. Mai für die Regelung der gesamten Entschädigung eingesetzt worden war, soll nicht mehr, wie es im Wertschätzung steht, in Deutschland bittorische Besuche haben. Sie darf sich nicht in innere Angelegenheiten Deutschlands einmischen, sie hat lediglich die Kontrolle über die deutschen Steuerleistungen und schließlich ist es ihre Aufgabe, die Entschädigungsfrage in gleichzeitigen Verhandlungen mit der deutschen Regierung zu regeln.

Die Ententeantwort erkennt zwar grundsätzlich ein Recht Deutschlands zur Aufnahme in den Völkerbund an, lehnt aber die sofortige Aufnahme ab und setzt kein Datum fest für die Aufnahme. Allerdings soll Deutschland, sobald es aufgenommen sein wird, alle wirtschaftliche Gleichberechtigung mit den anderen Staaten des Bundes genießen. Die deutschen Minderheiten in anderen Staaten werden schon jetzt unter dem Schutz des Völkerbundes gestellt. Verhandlungen über gleichzeitige Erklärung aller Staaten sollen eingeleitet werden. Endlich vergißt die Antwort der Entente auf die Militärverwaltung der besetzten Gebiete, insbesondere des linken Rheinufer, und setzt dort eine Zivilverwaltung mit französischer Spitze ein.

Deutschland erhält fünfjährige Frist für das Studium der Antwort. Es ist jedoch nicht bestimmt, ob die Rindungsfrist von drei Tagen für den Westfrontkrieg in diesen fünf Tagen einbezogen sein soll, wie dies von Frankreich verlangt wird, oder ob die drei Tage in die Frist nicht eingerechnet werden sollen, daß Deutschland dann eine acht-tägige Frist hat. Aber diese Frage ist noch nicht entschieden. Auch sonst scheinen die Alliierten nicht ohne alle Punkte schlüssig zu sein, was daraus hervorgeht, daß Wilsons und Lord Georges Curie sich wieder verstanden hat.

Der Vertrag vom 7. Mai legt die zukünftige Stärke des deutschen Heeres auf 100 000 Mann fest. Die Antwort erklärt sich bereit, daß für eine dreimonatige Uebergangszeit die Gesamtstärke 200 000 Mann betragen darf.

Deutschland darf der Entschädigungskommission während vier Monate nach Unterzeichnung des Vertrages Vorschläge machen, ob darf auch eine Pauschalsumme vorschlagen. Es steht im Belieben der Kommission, diese Vorschläge annehmen oder ablehnen. Zur Annahme ist einstimmige Zustimmung erforderlich, so daß die einzige Stimme Frankreichs dieselbe verhindern kann.

(Siehe 2. Seite.)

Unsere künftige Kohlenwirtschaft

Die Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz

Das Kohlenwirtschaftsgesetz vom 23. März 1919 stellt die wichtigsten Bestimmungen dar, das erst durch die Ausführungsbestimmungen seiner Inhalt erhalten sollte und konnte. Ueber diese nach eingehenden Beratungen mit den Sachverständigen nunmehr beschlossenen Ausführungsbestimmungen erfährt unter Berliner Mitarbeiter an gültiger Stelle folgendes:

Das Kohlenwirtschaftsgesetz und seine Ausführungsbestimmungen streben eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft zunächst nur mit rein wirtschaftlichen Zielen an, d. h. im Sinne einer Sozialisierung der Betriebe, also ihre Organisierung nach sozialpolitischen Gesichtspunkten, und die Einkünfte von Betriebsräten, sowie die Sozialisierung des Ertrages, d. h. die Durchführung einer Abgabe von der Bergwerksrente, sollen durch besondere Gesetze erfolgen, wobei im ersteren Falle das Reichsarbeitsministerium, im zweiten des Reichsfinanzministerium zuständig ist.

Die Ausführungsbestimmungen erstrecken die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft an. Zu diesem Zwecke wird zunächst ein Reichskohlenrat geschaffen, worunter ein Parlament aller Beteiligten zu verstehen ist, also der Arbeitgeber, der Angestellten, der Arbeiter, des Handels, der Bergbauern und der Reichskohlenrat. Dieser Reichskohlenrat soll aus 50 Mitgliedern bestehen, aus denen die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer je 14 stellen. Dem Reichskohlenrat werden zur Seite gestellt: ein technischer Sachverständigenausschuß für Kohlenbergbau, sowie einer für Brennkohlenförderung und ein sozialpolitischer Sachverständigenausschuß für Kohlenbergbau. Neben dem Reichskohlenrat sollen ferner

1. ein Reichskohlenverband stehen, d. h. der Verband der einzelnen Grubnhälften;
2. die Kohlenyndikate für jeden Bergbaubezirk und das Gesamtkohlenyndikat für das ganze Reich (wobei sowohl bei diesem Syndikat wie beim Reichskohlenverband Arbeiter und Angestellte im Aufsichtsrat vertreten sein werden);
3. ein Ausschuss für die Besetzung der im Aufschub befindlichen Stellen, die im Kohlenbergbau, in den Einrichtungen zur einheitlichen Vertretung von Bündnissen und Anträgen der Bergbauern.

Der Grundgedanke der Ausführungsbestimmungen ist die gemeinwirtschaftliche Behandlung der Kohlenereuerung und des Kohlenverkehrs. Zur Sicherung dieses Zweckes hat man den Grundgedanken der Selbstverwaltung, d. h. die Festlegung des Einflusses von Arbeitern, Angestellten und Bergbauern in der „Erektion“, verbunden mit der Zentralorganisation und der Aufsicht des Reiches. Eine weitere Sicherheit wird geschaffen durch die Defensivität der Bildung des Reichskohlenrates, wobei die letzte Instanz der Reichskohlenratsschlichter im Unternehmen mit dem Reichskohlenrat bilden wird, und durch die Beeinflussung der Preispolitik mit Hilfe eines Beugsrechtes der Bergbauern. Dies letztere ist freilich nicht etwa so zu verstehen, als ob jedem Deutschen ein gewisses Quantum Kohlen garantiert werden wird oder kann. Vielmehr soll der Reichskohlenrat alljährlich nach Lage der Förderungsbedingungen das zu gewährenden Quantum festlegen. Weitere Sicherheiten sollen geschaffen werden durch das Recht der Gemeinden zur Festlegung von Preisobergrenzen und durch die Aufsichtspflicht aller am Kohlenbetrieb Beteiligten.

Gegen den besprochenen Widerstand aus Händlerkreisen wurde die Bestimmung durchgesetzt, daß die Bergbauergemeinschaften die gleichen Lieferungsbedingungen genießen sollen wie die Händler. Ubrigens wird keineswegs geplant, den freien Handel auszuhebeln, vielmehr hat man sich bemüht auf den Standpunkt gestellt, daß dieser nicht durch eine bürokratische Organisation erlegt werden kann. Aber der Handel soll nur soweit zum Kohlenverkehr zugelassen werden, als er „volkswirtschaftlich berechtigt ist und nicht übermäßige Konkurrenz einheimlich“ überbauen soll durch die Kontrolle seitens der Selbstverwaltung lediglich eine Vertretung der Kohle besitzt, aber nicht dafür Sorge zu tragen, daß der volkswirtschaftliche Anreiz zur Produktion und zum Vertrieb nicht fortfällt.

Die Durchführung des gemeinwirtschaftlichen Wandens wird nicht in der Formulierung von vielen gesetzlichen Einzelvorschriften gesucht, sondern in dem Aufbau

Oesterreich gegen den Frieden

Wien, 14. Juni.

Der Senat beanstandete gestern eine einmündliche Kundgebung gegen die Friedensbedingungen der Entente und nahm einstimmig einen Antrag an, in dem gegen den Friedensvertrag von Saint-Germain in förmlicher Resolution erhoben wird, der durch ihn 80 000 Deutsche Staatsbürger einer nationalen Fremdberrschaft überantwortet und weite Gebiete deutschen Landes dem deutschen Volk entzogen werden sollen. Das Staatsamt des Reiches wird ersucht, darauf zu dringen, daß in den künftigen Teilen des deutschen Landes die Selbstbestimmung unter Aufsicht einer neutralen oder gemischt-neutralen Kommission mit dem Eintritte des 1. November 1918 durchgeführt werde.

Englische Meinungen

Amsterdam, 14. Juni.

Nach einer Meldung aus London wurde gestern in der Oberkammer eine große Kundgebung zugunsten des Völkerbundes abgehalten. Wiscourt Webb führte den Vorsitz. Er sagte: Der Völkerbund ist nicht weniger als ein fertiges Produkt der Macht. Er könnte später auf Grund der Erfahrungen verbessert werden. Die Probegabe Deutschlands vor seiner Zulassung zum Völkerbund sollte nicht mehr betragen als einige Monate. Der Friedensvertrag müsse nach den Grundgedanken des Völkerbundes beurteilt werden. Wenn es kein Vertrag sei, auf den der Völkerbund näherungsweise aufgebaut werden könne, so möge man von dem Völkerbund die Abänderung des Friedensvertrages verlangen.

Amsterdam, 14. Juni.

Nach einer Meldung des „Algemeen Handelsblad“ aus London wurde Cecil, als er sich für baldige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund ansprach, von einem der Anwesenden die einen Wertschätzung erklärt. Dieser Wertschätzung wurde von

den Anhängern Cecil's verurteilt und der Aufseher wurde aus dem Gebäude entfernt. Cecil erzielte am Schluß seiner Rede reichen Beifall.

Frankreichs Rechnung

(Von unserem eigens zur Friedenskonferenz entsandten v. Sonderberichterstatter.)

Verailles, 14. Juni.

„Temps“ drückt heute abend von der Götterdämmerung des Friedens. Wir wissen natürlich nicht, auf welcher Grundlage das offizielle Organ seine Vermutung aufbaut, und müssen daher alle erforderlichen Bezüge machen. Wenn die Antwort auf die Gegenverschlüsse einsehbar wird, läßt sich auch auf der heutigen Abendpresse mit Sicherheit nicht bestimmen. Man könnte annehmen, daß die Antwort erst am Dienstag in Versailles einlaufen würde. Auch läßt sich nicht sagen, wie weit sich die Abänderungen erstrecken. Interessant ist lediglich, daß „Le Temps“ hinsichtlich der Zusammenfassung einer internationalen Kommission, die sich vermutlich auf Fragen bezieht der abzutretenden Gebieten oder auch hinsichtlich der deutschen Minoritäten bezieht, zu verstehen gibt, daß sie ebenfalls in Frankreich Teil finden werde, wie die Entschädigungskommission. Wenn man daran denkt, daß die französische Antwort manchen enthalten wird, wovon die Pariser Presse sich jetzt nicht getraut hat, so daß man also nach der Zeit nicht fallen kann und am besten tun, in Ruhe zu warten, bis das Schriftstück der Öffentlichkeit übergeben wird. Wenn der „Temps“ etwas auf die heutige Meinungslage hinweist, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, denn kein deutscher Staatsmann wird sich finden, der einen Vertrag unterschreiben würde, der nach dem Sinne des „Temps“ und seiner Hintermänner wäre. Es scheint aber zu glauben, keine der beiden Weisen hat heute etwas fest, daß auf dem Pariser Wertschätzung große alliierte Truppenmassen bereitstehen, um auf das erste Signal von Wertschätzung auszurücken.

mit der Bildung eines Selbstverwaltungsrates, dem im Vertrauen auf seine paritätische Zusammenkunft sehr weitgehende Rechte übertragen werden. Ueberhaupt war man sich darüber klar, daß kurze das höchste Gesetz nach dem Willen des Reiches werden können, und so mehr, da mit auf Jahre hinaus in welcher Form auch ein Friede zu Stande käme, mit einer stark verringerten Produktion rechnen müssen. Das Ziel des Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen ist aber, den Arbeitnehmern einen Einblick in den Betrieb zu gewähren und sie daran zu interessieren, um so ihren Arbeitseifer

anzulehnen auch durch den Appell an ihr soziales Gewissen zu verfahren.“ Es ist ein Thema, fonderbarerweise und eine Unkenntnis der Regierung, um nur den Arbeitseifer der an der Arbeit trotz der unvorstelligen hohen Löhne nicht mehr interessierten Arbeitnehmer einen Anreiz zu geben, so zu tun, wie die Arbeiter durch die Betriebsräte erfahren werden, daß sie eigentlich für ein Nichts schaffen, denn der Gewinn kam bei dem jetzigen Stande der Rohstoffwirtschaft nicht gepudert werden.

Ein Wiener Kommunalfiskus?

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)
Wien, 14. Juni.
Die in Wien befürchteten Kommunalfiskus sollen nach einem Bericht auf Montag verfallen werden sein. Weller ist der neuebaltete Arbeiterklub Wien zu einer Konventionen Sitzung zusammengetreten, wobei Friedrich Adler eine Forderung für Rosa Luxemburg hielt. Dann wurde mit 288 gegen 27 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen eine Kundgebung gegen den beabsichtigten Kommunalfiskus in Wien beschlossen.

Wird Clemenceau gehen?

Wien, 14. Juni.
Der läuft ein bisher noch nicht näherbestimmtes Gerücht um, daß die Regierung Clemenceau gekündigt worden ist. Wir geben diese Nachricht mit allem Vorbehalt wieder.

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

Wien, 14. Juni.
Wie verlautet, wird der vollständige Text der Friedensbedingungen am Mittwoch oder Donnerstag bekanntgegeben. Die ein englischer Delegierter erklärt, ist die Antwort der Alliierten so, daß die Zustimmung der Deutschen zu einer Unterzeichnung bewirkt gefordert ist. Hinsichtlich werden die bezüglich gewisser Bedingungen einige Vorbehalte machen.

Der Botschafter hat die Antwort auf die deutschen Gegenverschlüsse ausgefertigt und der Kommission für Vertragsrevision von den 18 Vereinten Völkern 4 überreicht.

Dem anmerksamen Beobachter, der von Versailles aus Deutschland beobachten, wenn von gewisser Seite immer wieder sich etwas nicht entsagen sein, das die Lage, namentlich die innerpolitische Lage Frankreichs, treffend charakterisiert. In dem Augenblick, in dem in der französischen Kammer über die Meutereien auf französischen Schiffen im Schwanen Meer verhandelt wurde, hat der französische Ministerpräsident Clemenceau in dem Bericht, den die Vertreter der französischen Alliierten über die Ereignisse der gegenrevolutionären Regierung des Admirals Souchon offiziell dadurch anerkennt, daß sie ihm Hilfe und Unterstützung angeboten haben. Am 2. September vertrat sich in letzter, zu dem Zweck, die Meuterei zu unterdrücken, hat die Meuterei nur Ozean. Er hat sich ausgedrückt, daß die Meuterei nicht bestraft werden dürfen, weil man sie gezwungen habe, gegen die Alliierten zu kämpfen, das nicht der Feind Frankreichs sei. Von dem Tage an, sagt er, daß man der Meuterei nicht mehr, als die unglücklichen unterdrücken wurde, hatten wir keinen Grund mehr, es nicht nicht an, zu bekämpfen, die Alliierten seien die Alliierten der Deutschen, und wir müßten gegen sie Krieg führen, weil wir mit den Deutschen kein feindliches Verhältnissen geschlossen haben. Schließlich hat Clemenceau die Meuterei, trotz der Strafen gegeben haben, gegen eine Nation vorzugehen, mit der wir uns nicht im Kriege befinden. Wer etwas beabsichtigt ist, wer also solche Schritte ausführt, handelt nach dem Geiste der Welt. Ich nun befinde man, daß in dem Augenblick, in dem die gegenrevolutionäre offizielle Schriftsteller Frankreichs, der aber in dem Augenblick, in dem er etwas beabsichtigt ist, Clemenceau, Frankreich in einer Weise in der gleichen Angelegenheit handelt, die als Frankreich in der Welt betrachtet werden werden. Man muß also annehmen, daß Clemenceau, der nach ebenfalls gemutet hat, nach ihm am Mittwoch und Donnerstag in der französischen Kammer abgibt, es auf eine Drahtprobe ankommen lassen will. Anders kann die Sache nicht verhandelt werden. Denn der Schritt, den das französische Ministerium jetzt unternimmt, gewinnt eine doppelte Bedeutung, daß dadurch, daß die morgen die Vertreter der Alliierten Gemeindefürsprecher veröffentlichen, wie leicht zu dem Zwecke, den jetzigen Vorkriegsstand in Frankreich zu einem politischen zu machen. Wenn also Clemenceau etwas beabsichtigt ist, muß er seinen Vorgesetzten kennen und seiner Sache sicher sein. Der alte Tiger will gegen sich er seinen Vorgesetzten hat. Wenn wir heute auf die Angelegenheit zurückkommen, wenn wir die beiden Ereignisse nebeneinander stellen, so geschieht es lediglich deshalb, um wiederholt

zu beweisen, wie schmachvoll die französische Sozialistische Partei in letzter Augenblick ist, daß sie keinen Einfluß besitzt auf den Gang der Regierungsgeschäfte, und daß einer der größten Strafen, die Frankreich zu gebot hat, und der nunmehr zehn Tage andauert, nicht imstande war, an dieser Sitzung etwas zu ändern. Das muß man in die Geschichte eintragen, daß sie jetzt in Frankreich abgibt, dürfte sehr leicht, daran einzuwirken, daß sie jetzt in Paris, was dem so viele träumen, könne aus den Alliierten heraus, aber sagen wir, vom vierten Stande aus kommen. Man möchte ein großer Irrtum sein, wenn man angeht, sich den derzeitigen schwebenden Beweisen, wie im Frankreich getrennt gegeben hat, und daran glauben kann, der Befehl weniger oder kann man jetzt die Ansicht vertreten, die mit Not und Mühe in Wien zusammengekommen Internationale hätte irgendwie in diesen kritischen Tagen des Friedensschlusses eine Bedeutung erlangt. Das dürfte vielleicht später kommen. Für den Augenblick aber ist auch von dieser Seite nichts zu erwarten.

Paris, 14. Juni.
Diplomatische Lage. Der Botschafter mit Serrano beabsichtigt die Sitzung der letzten Berichte über die deutschen Gegenverschlüsse. Eine Frau zur Frau, was aber zur Verbesserung ist noch nicht festgestellt. Die Kommission zur Feststellung des Textes hat den Text der Antwort die sehr lang werden wird, beendet. Sie erinnert an die Grundbesitz, auf die der Friedensvertrag aufbaut ist, und an die Unmöglichkeit, eine durchgreifende Änderung des Textes zu bewerkstelligen. Die Kommission hat auch den Text der Beschlüsse festgestellt, auf Grund deren die 18 Sonderberichte über die deutschen Gegenverschlüsse ausgearbeitet worden sind. Die Kommission hat am Freitag neun Berichte fertiggestellt, und wird den zweiten Teil, ebenfalls neun Berichte, Sonntag fertigstellen. Diese betreffen die Chancens, die Friedensverhandlungen. Eine Einigung ist in der Frage der Wiedergutmachung, der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die Frage von Elsch-Vorhängen, der Saar, die der Befehl, was in den Angelegenheiten, erzielt worden. Die Bewaffnungsfrage und das Problem des Schutzes der Alliierten wurden ebenfalls verhandelt. Die Antwort auf die deutschen Gegenverschlüsse wird fertiggestellt und in Druck gegeben werden, daß die Übermittlung an die Deutschen Freitag erfolgen kann. Graf Nattenau erwidert, um Bereitwilligkeit des Sonderberichts 28 Stunden nach Überreichung der Antwort. Der Sonderbericht wird direkt nach Wien gehen.

Amsterdam, 14. Juni.
In der Alliierten Presse glaubt man, daß die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages eine neue Revolution und eine neue Regierung unter Erzberger zur Folge haben werden. Man hofft allgemein, daß die Revolution in fünf Tagen ausbrechen werde.

Rom, 14. Juni. (Agenzia Stefani).
Die Kammer ist zur Entgegennahme der Berichte über die Friedensverhandlungen auf den 19. Juni einberufen worden.

Wien, 14. Juni.
Die innerpolitischen und außerpolitischen Ereignisse in Frankreich haben den Friedensvertrag mit Deutschland gefährdet, wobei es nicht richtig sei, die Schuld an den Misserfolgen der wirtschaftlichen und finanziellen Verhandlungen, die heute erfolgen sollte, auf unheimliche Weise verlagert.

Die heutige Rede des Reichswirtschaftsministers Wissell auf dem sozialdemokratischen Parteitag hat scharfe Erwiderungen des Reichsministers David und des Ernährungsministers Hober im Schilde. David erwiderte dem Reichswirtschaftsminister, daß es nicht richtig sei, die Schuld an der Enttäufung der Massen auf die Regierung zu schieben. Nicht die Regierung habe das Volk enttäuscht, sondern das Volk habe die Regierung enttäuscht. Wir müßten das soziale Pflichtbewußtsein werden. Es würde dies nicht bei der Arbeit, das deutsche Volk dem Chaos zu. Ernährungsminister Schmidt erwiderte dem Reichswirtschaftsminister unter anderem, es sei unrichtig, zu behaupten, daß das Sozialprogramm durchgeföhrt werden sei. Gerade der Reichswirtschaftsminister müsse wissen, daß das Gesetz vor dem Marktausschlag in Berlin bereits ausgearbeitet gewesen sei. Mehreres sei das Reichswirtschaftsministerium die einzige Reichsstelle gewesen, die alle Veruche des Ernährungsministeriums, Lebensmittel aus dem Ausland herbeizuführen, durchkreuzt habe.

Die Not der besetzten Gebiete

Wien, 14. Juni.
Wie „Der Echo“ berichtet, soll ein amerikanischer Zeitschriften, der den Titel „The World in Military“ trägt, in der nächsten Zeit den Besetzten Gebieten in der wenig befriedigende Behandlung, die nach seiner Ansicht der eingeborenen Bevölkerung von den Militärschreibern zuteil werde, aufmerksamkeit gemacht haben. Wilson übermittelte den fraglichen Brief dem Botschafter und verlangte die Entsendung eines intelligenten Auswärtigen am 14. Juni und Stelle mit dem Auftrag, einen Vermittlungsplan für die besetzten Gebiete auszuarbeiten. In dem Ausblick wird England durch Lord Robert Cecil und Frankreich durch Bouchoux vertreten.

Amerika gegen die Anarchisten

Amsterdam, 14. Juni.
Dem „Telegraf“ zufolge werden die „Times“ aus Washington, die amerikanischen Behörden, haben energische Maßnahmen gegen die Anarchisten getroffen. In New York wurde die japanische Gesellschaft der russischen Sozialrepublik durchsucht und eine große Menge an anarchistischer Literatur beschlagnahmt. Der polnische Arbeiter in Amsterdam, die Anarchisten, und sein Verhaftet wurden bestraft und vor die Staatskommission zur Untersuchung der aufstrebenden Agitation gebracht.

Reform der Justizgesetzgebung

München, 14. Juni.
Justizminister Dr. Müller-Reininger sprach sich am Donnerstag in Begleitung des Staatssekretärs nach Wien und mehrerer Referenten des Justizministeriums nach Wien, dort fand eine Besprechung mit dem Reichsjustizminister Dr. Hanfstaengl über die Justizgesetzgebung, insbesondere über Reformfragen im Bereiche der Justizgesetzgebung statt. Justizminister Dr. Müller kehrte am Sonntag abend nach Bamberg zurück.

Kein Proteststreik in England

Amsterdam, 14. Juni.
Der Vorschlag der italienischen sozialistischen Partei, daß in den alliierten Ländern als Beweis der Sympathie für die russische und die ungarische Sowjetregierung und als Protest gegen die Friedensbedingungen ein 24stündiger Generalstreik ausgerufen werden solle, ist von der britischen Arbeiterpartei abgelehnt worden. Sie nimmt wegen der kurzen Anlaufungsfrist an der Konferenz in Paris nicht teil und erinnert daran, daß ein Generalstreik in England ohne vorherige Zustimmung der angeschlossenen Gewerkschaften nicht möglich sei.

Sturmzeichen in den Ententestaaten

Clemenceaus Stellung wird schwierig — das erregt die Aufmerksamkeit über die Vertragsfragen in der Besetzung der Kammer: 273 Stimmen für die Unterzeichnung, 137 dagegen für eine Stimmenthaltung von 120 Abgeordneten — das Ergebnis gleicht einer Niederlage. Orlando und Lloyd George werden an Hause ebenfalls bedrängt, und unter Wilson mannt der Senatsohn im Weissen Hause. Die glänzende Lage, in die die Ententestaaten durch die deutsche Revolution verfallen waren, ist von ihren Staatsmännern nicht ausgenutzt worden. Ein einseitiger Vertiefung der Gemütsregung verbot sich ihr ganzes Denken in den einzigen Gesichtspunkt, den sie überlebend mit dem und Savaren über die verdrängenden Gegner gänzlich zu verdrängen. Dadurch wurde der Friedensbündel hinausgezogen und durch Aufstellung unannehmbarer, in der Praxis gar nicht durchführbarer Friedensbedingungen die Gefahr für die Entente heraufbeschworen, daß Deutschland entweder gar nicht unterschreibt, oder selbst im Falle einer Unterzeichnung des Friedensbündels durch die Johann mit Sicherheit zu erwartende innere Anarchie gänzlich aufhaltend geht wird, auch nur einen einzigen Punkt des Friedensvertrages zu erfüllen.

Das Hausinternes der Demobilisierung, die Unmöglichkeit auf der Grundlage des Friedensvertrages mit Deutschland sich mit anderer Kraft dem schwierigen Lebergang zur Friedensverwirklichung zu widmen, hat nun die innere Lage der Ententestaaten in verhängnisvoller Weise beeinflusst. In Frankreich mehren sich die Fälle von Soldatenmeutereien, gewinnen die Streiks immer mehr Ausdehnung und Bedeutung, England hat mit wachsenden Schwierigkeiten nicht allein im Hinterlande, sondern namentlich in den Städten und in den Häfen zu kämpfen. Besonders in Antwerpen können die Dinge eine ernste Wendung zu nehmen, da die dortigen englischen Truppen offen meutern und zur Wahl von Soldatenräten schreiten. Ein Verlangen der national-masslichen Soldaten in Belgien würde aber bei der aufgeraten revolutionären Stimmung der Regierung für England den Verlust des Bündnisses und damit des vielleicht wichtigsten Stützes seiner Weltstellung bedeuten. Wie in Frankreich und England, zeigen sich auch in Italien große Teile der Arbeiterschaft unzufrieden und geben ihrer Meinung nicht nur durch Streiks, sondern teilweise sogar durch produktive und produktive Streikaktionen Ausdruck. Ueber die innere Lage Amerikas fehlen zwar genaue Nachrichten, immerhin läßt die gegen Wilsons Willen in amerikanischen Zeitungen erfolgte Veröffentlichung des Friedensentwurfs den Schluss zu, daß die schon immer latent vorhandene Opposition gegen Wilson sich im Zusammenhang mit dessen Zustimmung zum dem Friedensentwurf verwickelt hat.

Wirtschaftsfragen und Nationalversammlung

Der rote Parteitag.

Wien, 14. Juni.
Auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde heute zu Vorhänden der sozialdemokratischen Partei gewählt: Hermann Müller-Weßler, Otto Weis, Berlin; zu Kassieren wurden gewählt Zaxel und Braun. Ferner wurden in den Vorhänden gewählt: Scheidemann, Mollenhuth, Pannasch, Deinz, Schulz, Frau Richard, Adolf Ritter, Otto Frank und Frau Will. Den Schluss der heutigen Sitzung bildeten die beiden Referate über das Rätekystem, wie es der Verfassung einverleibt werden soll. Es sprachen Dr. Siegelmann und Gosen-Heub. Der Parteitag wird am Sonntag fortgesetzt werden, wo er mit der Verabschiedung des Rätekystems geschlossen werden soll. Am Sonntag nachmittag werden die sozialistischen Frauen eine Konferenz abhalten.

Auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sprach am Vermittlung Reichswirtschaftsminister Wissell über Wirtschaftsfragen und Nationalversammlung. Er führte dabei aus: Das Ansehen der Nationalversammlung ist gesunken, weil sie das Programm, das sie sich urspünglich gesetzt hatte, nicht erfüllen konnte. Die Nationalversammlung wird bereits in der Geschichte fortleben als zweite Auflage der Nationalversammlung von 1848. Die Reichsregierung hat nicht das Gedacht, was das Volk von ihr erwartete konnte. Die Schuld an diesem Ergebnis liegt bei der Sozialdemokratie, nicht erfüllen konnte. Die Nationalversammlung hat aufen arbeitstätig, oft mehr als dies bei früheren Regierungen der Fall war. Die Folge ist, daß das Volk nicht geschloffen hinter der Regierung steht. Es mehren sich die Schritte, die den Gewerkschaften und Gewerkschaften für unsere Leben entscheidend sein müssen. Zunächst mit uns nicht über unsere Macht. Nur unter dem Eindruck der Berliner Streikenkämpfe konnten wir die Sozialversicherungsgesetze durchsetzen. Die Vortreibung und Abtragung unserer Schuld können wir nur durch die Produktion unserer Arbeit möglich machen. Wenn wir gehen wie von dem, was wir in den nächsten Jahren erst vorzunehmen wollen. Der Minister kam zu dem Ergebnis, daß es aus unserer wirtschaftlichen Not keine andere Rettung gebe, als die Nationalversammlung und Nationalversammlung, wie sie der Sozialdemokratie entspricht, habe. Die Beschlüsse des Ministens wurden mit ungewöhnlich großem Beifall aufgenommen.

